

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Abonnement: Durch unsere Agenten
für die Gegend monatlich 4.00 Mark
bei der Post bezahlte Vierteljahrs-
10.00 Mark, monatlich 4.00 Mark.
Erhalten werflich.

Verantwortlich: Anstalt Nr. 53.
Telegraphische: Auergebirge.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt Auer.

Abonnement: Die Abnehmer sollten
den Namen über dem Namen für die
Agenten aus Auer und dem Ort
Schwarzenberg 1.00 Mark, ansonsten
1.00 Mark, Restbetrag
1.00 Mark. Bei größeren
Abbestellungen entsprechende Rabatte.
Abbestellungen bis 15. d. M.
bis 15. d. M.

Postfachkonto: Amt Leipzig Nr. 1008

Nr. 299

Sonnabend, den 24. Dezember 1921

16. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Das einzig greifbare Ergebnis der Bonner Konferenz ist, daß Deutschland für die beiden nächsten Zahlungstermine zunächst einmal 500 Millionen Goldmark zu zahlen hat.

Wie die Berliner Blätter mitteilen, trifft Dr. Rathenau heute aus London in Berlin ein.

Die Reichsregierung will dem Reichstag im Januar eine neue Besoldungsordnung vorlegen.

Die Botschafterkonferenz hat die Entscheidung über das Schicksal der Deutschen Werke auf den 28. Dezember verschoben.

Nach Pariser Meldungen wird die Sowjetregierung vor dem 1. Februar eine verfassunggebende Versammlung aller politischen Parteien einberufen.

Weihnachten und Politik.

Von H. Kroll, N. d. R.

So oft Weihnachten kommt, hört und liest man Worte, die der politischen Lage einige freundliche Akzente auflegen und den Weihnachtsgelüsten, um den Widerspruch zwischen der Politik und dem Feste abzumildern und Weihnachtstimmung zu erzeugen. Es ist ähnlich wie die Feiern in unzähligen Familien: Geschenke ohne Seele und Liebe ohne Wahrheit. Durch die Ernüchterung, zu der die Wirklichkeit nach dem Fest zurückführt, ist weder der Politik, noch dem ewigen Sinn des Festes geboten. Ohne unterzogen zu werden, ob Politik und Weihnachten nicht grundsätzliche Gegensätze sind, genügt ein Blick auf die Lage der Welt und Deutschlands, um den scharfen Widerspruch in der Gegenwart zu erkennen. Er war im Kriege schon groß genug, und die Tatsache, daß jetzt Frieden sein soll, macht ihn noch größer, da die Welt tatsächlich noch im Zustande des Krieges ist. In Washington regiert allein der Geist des Misstrauens und von Völkergemeinschaft wird eben nur gesprochen. Das hungernde Rußland überlassen die Staaten seinem Schicksal und wollen ihm vielleicht helfen, wenn es zuvor ihnen finanziell und politisch zu Willen ist. Die Behandlung Deutschlands ist ein Hohn auf die Weihnachtsgelübte: nichts von Gerechtigkeit und Vertrauen und Frieden. Die Krisis, in die wir hineingeraten sind, wird gewiß wiederum nach den Gesichtspunkten des Profits und der Militärvorherrschaft der anderen gelöst. Die Zustände am Rhein, mit denen sich der Reichstag in den letzten Tagen beschäftigte, zeigen, wie weit die Politik der Sieger entfernt ist vom Recht und vom Verständnis für ein leidendes Volk.

Das politische und wirtschaftliche Leben Deutschlands bietet kein freundlicheres Bild. Teuerung und Not stehen schon der äußeren Feier des Weihnachtstages in zahllosen Familien entgegen. Der Geist der Missetat erschlägt die Brüderlichkeit vollends. Kleinlicher Parteilichkeit waltet in den Parlamenten und im Volke vor. Den großen Dingen der Volksgemeinschaft steht ernstlich zu widersprechen läßt das Getriebe der Parteien wenig Zeit und Lust. Der Kanzler muß wieder die Vertrauensfrage stellen, und wenn ihm das Vertrauen ausgesprochen wird, ist es dann mehr als eine leere parlamentarische Form? Ist denn unter den Deutschen und zwischen ihnen und ihrem Staate und seiner Regierung ein Verhältnis, das den Namen Vertrauen verdient? Also keine Beschönigung, die der ewigen Idee der Weihnachten sowohl als der Wahrheit der Weltlage Gewalt antut. Alle Worte darüber sind bloßes Geräusch und klingende Schelle, denn es fehlt die Liebe und Brüderlichkeit. Man soll den Widerspruch zwischen Weihnachten und der politischen Lage so scharf wie möglich erkennen und vor allem auf sein Gewissen wirken lassen. Deshalb ist es noch lange nicht richtig, die Mission des Weihnachtstages für die Menschheit abzulehnen. Eine Idee wird darum nicht falsch, weil ihr die Wirklichkeit widerstreitet. Die Verbindungsbrücke vom Feste zur Politik liegt nicht im Materieellen und Zuständlichen, sondern nur im Individuellen, in der Aufgabe, im Stillen. Nachdem die Arbeit des Reichstages unterbrochen worden ist und im öffentlichen Leben eine kurze Ruhepause eintrat, wird allen, die es wollen, wenigstens wieder einmal die Möglichkeit und der Anreiz geboten, Augen und Seele auf andere Dinge zu richten als den Tageskampf. Es ist

noch keine Schande, zu träumen und die Innerlichkeit zu lieben, vielmehr flieht denen, die es tun, auch heute noch Kraft zu und sie werden wieder einmal wie die Kinder. Viele in unserem Volke können schon deshalb Weihnachten niemals entbehren.

Wenn am Weihnachtstage der moralische und politische Zustand unseres Volkes und der Welt einem bösen Blick auf der Seele lastet, so soll uns das nicht verzweifeln lassen. Denn die Aufforderung des Festes lautet doch: an die Macht des Guten zu glauben, für die Erhellung der Finsternis sich einzusetzen und aus sich heraus Güte und guten Willen zu geben. Wenn es in einem alten Weihnachtsliede heißt: Das ewige Licht geht da herin, gib der Welt einen neuen Schein —, so wollen wir uns gesagt sein lassen, daß die Menschheit so lange noch nicht verloren ist, als wir in uns die Kraft der Liebe hegen. Alles hängt schließlich davon ab, wie viele Menschen mit gutem Willen es auf der Welt gibt. Wer selbst dazu gehört, braucht nicht ängstlich zu fragen, wie viele es sind. In diesem Falle soll sich jeder selbst genügen. Die nächsten politischen Arbeiten: Ausdehnung des Reichshandels, Steuerreformen und Verstärkung der Regierung sind wichtig genug. Doch gibt es noch höhere Ziele, die nicht aus dem Auge gelassen werden dürfen: Deutschlands Erneuerung aus dem Geiste des Vertrauens und der Brüderlichkeit, die Befreiung der Welt für die Idee des Rechts und der Freiheit. Diese Hochziele fallen in das Licht des Weihnachtstages.

Die Konferenz von Cannes.

Schneller als man angenommen hat, ist die Konferenz in Cannes festgesetzt worden. Sie soll am 6. Januar d. des neuen Jahres stattfinden. Während die französische Öffentlichkeit zunächst mit allerlei halbköstlichen Meldungen über die Nichtgewährung eines Moratoriums und über die Festhalten des Erbes besetzt wurde, geben die Pariser Blätter jetzt offen zu, daß zwischen Briand und Lloyd George immerhin eine grundsätzliche Einigung erzielt worden ist. Briand selbst hat es als das Wichtigste bezeichnet, daß beide Länder jetzt gemeinsam handeln wollen, wenn auch zunächst die Meinungen in einigen Punkten verschieden sind. Inzwischen sollen sich die englischen und französischen Sachverständigen zusammensetzen, um bestimmte Vorschläge für die Konferenz in Cannes auszuarbeiten. Ganz sicher wird die französische Öffentlichkeit auch darauf vorbereitet, daß die Konferenz internationaler Natur sein soll. Der offiziöse Petit Parisien spricht von einem englisch-französischen Einvernehmen, an dem nach Cannes auch die übrigen Völker Europas, darunter Deutschland, teilnehmen sollen. Die Opposition richtet ihre Kritik bemerkenswerterweise nicht gegen den Plan der Konferenz, sie beschränkt sich auf Vorwürfe gegen Briand darüber, daß er das eng militärisch-politische Bündnis mit England nicht durchgesetzt habe. Jedenfalls beweist auch die neue Stellung der französischen Presse, daß ein gewisser Meinungsumschwung in der Welt eingetreten ist. Die Frage wird nur die sein, ob er sofort zu einer vernünftigen Revision führt oder ob diese in zwangsläufigen Etappen unter schweren Schädigungen aller Beteiligten erreicht werden muß.

Was wir schon gezahlt haben!

Aus den Kreisen der Zeitschrift: Die Deutsche Nation wird und geschrieben: Es wird viel davon gesprochen, was wir noch zu zahlen haben, aber recht wenig von dem, was wir bereits gezahlt haben. Es ist verständlich, wenn das vordem feindliche Ausland hierüber schweigt, aber nicht verständlich, daß nicht in Deutschland — und zwar von allen Seiten — immer wieder daran erinnert wird. Unsere jetzige Leistungsfähigkeit ist neben anderem auch durch die Rückwirkungen der bereits erfolgten Leistungen vermindert. Die meisten in ihrem Gesamtwert einen Betrag aus, der gewiß das Heilschicksal dessen beträgt, was jemals nach einem verlorenen Krieg dem unterlegenen Volke abgepreßt wurde: die Handelsflotte, die Auslandsgüter, die Eisenbahnlieferungen, die Kohlenlieferungen, die Schiffverleihen und das ganze dort landierte Eigentum, Bosen, Westpreußen und Oberschlesien, die Saarländer, die gesamten deutschen Kolonien und vieles andere mehr. Die Liste ist recht lang. Die Rückwirkungen dieser Verluste auf die deutsche Wirtschaft sind ungeheuer. Der Reichskanzler hat in einer seiner letzten Reden erklärt, wir hätten den Krieg verloren und müßten deshalb bezahlen. Das ist unbestreitbar. Es ist auch politisch richtig, es auszusprechen. Aber dieser Satz bedarf der Ergänzung durch den Hinweis auf das bisher Geleistete und seine Rückwirkungen. Niemand im

Ausland versteht übertriebene Zurückhaltung. Ein Hinweis auf den Gesamtwert des bereits Geleisteten erleichtert die Arbeit derjenigen im Auslande, die das Maß des noch zu leistenden auf das Maß des Maßvollen zurückzuführen wollen.

Das Leipziger Urteil vom rechtlichen Standpunkt.

Von juristischer Seite wird dem Auer Tageblatt geschrieben: Das wichtigste Moment in dem Urteil gegen die Appelleanten ist rechtlich die Feststellung, daß der Hochverratsparagraf die neue republikanische Verfassung ebenso schützt, wie die Verfassung, die zur Zeit des Erlasses des Strafgesetzbuches bestand. Diese Anschauung war bereits vom ersten Senat des Reichsgerichts ausgesprochen worden und wird auch in dem Kommentar des Oberreichsanwalts Gernsamer vertreten. Zutreffend hat auch das Reichsgericht festgestellt, daß gegenüber wirklichen oder vermeintlichen Verfassungsverstößen öffentlicher Stellen ein Staatsangehöriger zu einem hochverräterischen Unternehmen nicht bestraft ist. Das Reichsgericht hat von Wangenheim und Schiele nicht als Führer angesehen, das Verfahren gegen sie mußte daher auf Grund des Amnestieerlasses eingestellt werden. Das Jagow, der von Anfang an an dem Unternehmen beteiligt war und in brutaler Weise sein Amt ausgeübt hat, als Führer anzusprechen ist, entspricht dem allgemeinen Rechtsempfinden. Nach dem strafrechtlichen Grundsatz: im Zweifel für den Angeklagten ist er nur wegen Beihilfe verurteilt worden. Da die Strafe für Beihilfe wesentlich geringer ist, als für die Tat, ist das Strafmaß hoch, da es über die Mindeststrafe berechnete hinausgeht. Das Reichsgericht hat Jagow vaterländische Motive und deshalb mildernde Umstände zugebilligt. Hier werden viele dem Spruche nicht zustimmen können, Partei- und Klasseninteressen sind die Triebfeder seines Handelns gewesen. Soviel über die rechtliche Seite der Frage. Politisch sind die Bedingten, die Straftäter und die bisher nicht Angeklagten ebenso gerichtet, wie Jagow.

Jagow bittet um Strafaufschub.

Herrn v. Jagow ist seine Verhaftung in Leipzig völlig überraschend gekommen. Er hat an seinen Verteidiger Rechtsanwalt Grünspach ein Telegramm und einen Brief gerichtet, in dem er schreibt, daß sein ganzes Verhalten während der Voruntersuchung eine Barmherzigkeit dafür gewesen wäre, daß er nicht gebacht hätte, sich der Strafverfolgung zu entziehen. Er bittet seinen Verteidiger, sich mit dem Reichsjuristenminister in Verbindung zu setzen, um einen Strafaufschub zur Regelung persönlicher Angelegenheiten zu erhalten. Eine Beschwerde ist, da das Reichsgerichts-Urteil sofort Rechtskraft erlangt hat, nicht zulässig. Die v. Jagow gestellte Kaution von 500 000 Mark bezog sich nur auf die Verhörung von der Untersuchungshaft. Die Kaution ist daher jetzt freigegeben. — Die gegen Jagow verhängte Festungsstrafe soll in der preussischen Strafanstalt Gollnow in Pommeren vollstreckt werden.

Die schwarze Schmach.

Im Verfolg einer kleinen Anfrage hat das Auslandswärtige Amt dem Reichstag den Notenwechsel übergeben, der zwischen dem deutschen Botschafter in Paris und der französischen Regierung in der Frage der Verwendung farbiger Besatzungstruppen im besetzten rheinischen Gebiet stattgefunden hat. Die der französischen Regierung übermittelte Zusammenstellung enthält lediglich Ausschreitungen schwerer Natur, die durch die farbigen Truppen in der letzten Zeit vorgenommen sind. Eine Erwiderung auf die Antwortnote der französischen Regierung ist nach Abschluß der bereits eingeleiteten weiteren Ermittlungen zu erwarten. Eine umfangreiche Zusammenstellung von Ausschreitungen der farbigen ist im Reichsministerium des Innern in Arbeit. Sobald der längere Zeit in Anspruch nehmende Bericht fertiggestellt sein wird, soll er dem Reichstag zur Kenntnis gebracht werden. Die deutsche Besatzungsnote enthält vier Fälle vollendeter, 10 Fälle verführter Mordtaten, fünf Fälle tätlicher Verletzung, zwei Diebstähle, einen Mord, einen Fall wildernatürlicher Unschuld und fünf unstillige Angriffe. Aus der Antwortnote der französischen Regierung ist festzustellen, daß Verurteilungen stattgefunden haben, der Mörder ist erschossen worden, daß aber eine Reihe von Fällen unangeführt geblieben sind. Nicht zustimmen kann man aber, daß die Zahl der Ausschreitungen, wie die französische Antwortnote betont, nur gering sei. Wenn tat-